

Atommüll

Atommüll auf Bauschuttdeponien

Radioaktive Reststoffe aus dem Atomkraftwerk Karlsruhe wurden ohne öffentliche Diskussion oder Information des Aufsichtsrates und Kreistages oder des Landrates oder des Verpächters zwar legal, aber ohne jedes Gespür für die politische Brisanz seit 2007 von dem kreiseigenen Abfallunternehmen AVL auf den kreiseigenen Bauschuttdeponien Burghof in Vaihingen-Horrheim und Froschgraben in Schwieberdingen „end-sorgt“. Darauf weist Dr. Dierk-Christian Vogt von der Initiative www.froschgraben-freigemessen.de in Schwieberdingen hin. Ab 2017 sollen zusätzlich 3350 Tonnen sogenannte freigemessene Abfälle aus dem Atomkraftwerk Neckarwestheim (GKN1) folgen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz lasse bei in dem Landkreis Ludwigsburg angefallenen radioaktiven Reststoffen keinerlei andere Deponierungsstandorte zu und bei dem Freimessgrenzwert und der -methode, wonach pro Anwohner und Jahr die zu erwartende zusätzliche Strahlenbelastung um maximal 10 Mikrosievert steigen darf, sei alles sicher, wurde der Initiative von offizieller Seite erklärt.

„Unsere Interessengemeinschaft www.froschgraben-freigemessen.de konnte das Umweltministerium Baden-Württemberg jedoch davon überzeugen, daß zum Beispiel die gesetzlich vorgeschriebene landwirtschaftliche Nachnutzung der Deponien durch solch einen speziellen Abfall gefährdet ist, so dass ein zeitweises Moratorium für den Einbau dieses radioaktiven Abfall in Baden-Württemberg verhängt wurde“, erklärt Vogt. Nach einem bestellten entsprechenden Gutachten aus dem Öko-Institut wurde dieses Moratorium aber aufgehoben, wie Strahlentelex

bereits in der Dezember-Ausgabe 2016 berichtete. Viele weitere Detailfragen, die die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner und der Umwelt (z.B. den Weinbau) um die Deponien für die nächsten Jahrzehnte und Jahrhunderte betreffen, seien aber noch nicht ausreichend beantwortet worden. Dennoch können die LKWs ab Anfang des Jahres 2017 anrollen, beklagt Vogt.

Der Schwieberdinger Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung haben einstimmig den Einbau freigemessener Abfälle auf der Gemarkung abgelehnt. Andere Deponiestandortkommunen in ganz Deutschland sind dem gefolgt und auch im Kreis Ludwigsburg ist dies andernorts in Vorbereitung.

Die Kreistagsfraktionen der Freien Wähler und der FDP haben den Antrag gestellt, diesen Einbau zu stoppen und endlich die vorgeschriebenen Handlungsoptionen auszuarbeiten und abzuwägen.

Deutschlandweit baut sich ein Widerstand auf, der verhindern will, dass bei dem wünschenswerten Rückbau der Atomkraftwerke in Deutschland die Atomkraftwerksbetreiber, die jahrzehntelang grosse Gewinne aus dem Betreiben der AKWs gezogen haben, sich nun ihrer strahlenden Verantwortung auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entledigen können. „Wir wollen die radioaktiven Reststoffe weder auf unseren Deponien und noch viel weniger als Recyclingmüll in unseren Küchenplatten, Heizkörpern, Metalltöpfen oder Zahnsparagen“, erklärt Vogt. Die 3350 Tonnen ab nächstem Jahr sind der geplante Anfang, doch stehen in Baden-Württemberg schon jetzt laut Umweltministerium circa 40.000 Tonnen zu deponierender radioaktiver Restmüll an, für den es noch keine Lagerstätten gibt.

Vor dem ersten Transport muss mit den Bürgerinnen und Bürgern ein schlüssiges Gesamtkonzept transparent diskutiert werden, um das kleinste Übel, zum Beispiel die Lagerung auf dem bestehenden Atomkraftwerksgelände, zu finden, fordert Vogt. Hier wisse man mit Atommüll umzugehen, hier müsste er nicht, wie auf den konventionellen Bauschuttdeponien, aus der Atomaufsicht entlassen werden mit der Folge, dass dort zukünftig keinerlei Strahlenschutzmessungen erfolgen müssen. Hier werde es die versprochene „Grüne Wiese“ ohnehin nicht geben, denn vor dem nächsten Jahrhundert wird es in Deutschland voraussichtlich kein Endlager für hochradioaktive Abfälle geben, so dass die Castoren als Zwischenlager legal oder ohne gesetzliche Genehmigung ohnehin auf dem Atomkraftwerksgelände verbleiben werden, meint Vogt.

Beteiligen Sie sich an unserer Unterschriftenaktion, bittet Vogt: <https://www.openpetition.de/petition/online/ich-lehne-die-aufnahme-von-Atomkraftwerksabfaellen-auf-die-ludwigsburger-deponien-ab>

Atommüll

Klage gegen die Genehmigung für ein neues Atommülllager am AKW Biblis

Der BUND Landesverband Hessen hat im August 2016 Klage gegen den Genehmigungsbescheid des Hessischen Umweltministeriums vom 5. April 2016 zur Errichtung eines Lagers für radioaktive Abfälle und Reststoffe („LAW2-Lager“) am AKW Biblis eingereicht. Ziel der Klage ist, zu erreichen, daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden muss.

Das LAW2-Lager soll Abfälle und Reststoffe aus Betrieb und Abbau des AKW Biblis aufnehmen.

Grund für die Klage des Umweltverbandes sind veraltete Annahmen, die zur Unterschätzung der Auswirkungen von Flugzeugabstürzen führen, sowie unklare Angaben des Betreibers RWE Power AG zum radioaktiven Inventar in den beiden Reaktorblöcken. Beides führt nach Auffassung des BUND dazu, dass die bestmögliche Sicherheit beim Bau und Betrieb des LAW2-Lagers nicht gewährleistet werden kann, weder für die Beschäftigten noch für die Bewohner umliegender Kommunen.

Dem BUND zufolge zeigen die bekannt gewordenen Unterlagen, dass die Gefahren bei der Lagerung radioaktiver Stoffe aus dem noch nicht genehmigten Abriss des AKW Biblis deutlich unterschätzt wurden. Rätselhaft sei dabei, daß RWE Power AG zunächst eine Genehmigung für die sechsfache Menge und inzwischen immer noch für doppelt soviel Radioaktivität beantragt hat, als nach deren eigenen Angaben beim Abriss des AKW insgesamt anfallen kann.

Dr. Werner Neumann, BUND-Atom- und Strahlenschutzexperte: „Entweder weiß RWE Power AG nicht, wieviel Radioaktivität beim Abriss anfallen wird oder es muss vermutet werden, dass Atommüll von anderen Orten nach Biblis gebracht werden soll. Wir fordern von Umweltministerin Priska Hinz umgehend Aufklärung. Dies aus deshalb, weil die Baugenehmigung des Landkreises Bergstraße für die riesige Lagerhalle unbefristet ist. Wir befürchten, dass hier ein dauerhafter Umschlagplatz für Atommüll entstehen soll.“ Da zudem völlig unklar ist, wann das Atomlager „Schacht Konrad“ in Betrieb geht, befürchtet der BUND, dass das Zwischenlager mit unzurei-